

GZ 408.150/0006-IV/8/2009

BMF-142.900/0008-III/1/2009

Finanztransaktionssteuer: Bisherige Maßnahmen und weitere Schritte

Vortrag an den Ministerrat

Im Regierungsprogramm 2008-2013 vom 23. November 2008 ist festgehalten: *„Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, die verbindliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer gegenüber den EU-Partnern, Europäischen Institutionen sowie im Rahmen der Diskussionen und Verhandlungen zum Review und der Neugestaltung des Haushalts der EU inhaltsgleich und mit Nachdruck zu vertreten.“*

Dieses Regierungsanliegen wird auch von allen im Nationalrat vertretenen Parteien unterstützt (Entschließung 2/E vom 10. Dezember 2008).

Die Grundüberlegung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) ist, dass Spekulation zu überschießenden Preisreaktionen führt, welche auch die Realwirtschaft negativ beeinflussen können. Durch eine geeignet formulierte Finanztransaktionssteuer könnte der Anreiz für Spekulationen sinken.

Die Bundesregierung strebt daher eine europäisch akkordierte Lösung zur EU weiten Einführung einer FTT an.

Laut einer vom BMWFJ/BMF finanzierten Studie des WIFO könnte eine Finanztransaktionssteuer je nach Ausgestaltung und Annahmen über Verhaltensänderungen bei EU-weiter Einführung zwischen 0,68 % und 2,11% des EU-BIP erzielen. Zum Vergleich betragen die Einnahmen des EU-Budgets knapp 1 % des EU-BIP, d.h., dass eine

Finanztransaktionssteuer eine substantielle **Haushaltsentlastung der EU-Mitgliedstaaten bewirken** könnte.

Die österreichische Bundesregierung hat bereits zahlreiche Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene gesetzt.

So hat sich die österreichische Bundesregierung in ihrem Konsultationsbeitrag zum Review des EU-Haushalts für die Überprüfung der Durchführbarkeit einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Darüber hinaus haben sich der Bundesminister für Finanzen sowie seine beiden Staatssekretäre sowohl gegenüber der Europäischen Kommission als auch im Rahmen des ECOFIN, der OECD und UNO für die Einführung einer solchen Finanztransaktionssteuer ausgesprochen.

Ziel der Bundesregierung ist es nun diesbezügliche Aktivitäten weiter zu intensivieren. Es ist daher zweckmäßig, die österreichischen Vorstellungen in einem Positionspapier zu konkretisieren, welches für künftiges Lobbying eingesetzt werden soll.

Die Bundesregierung plant daher unter Federführung des Bundesministeriums für Finanzen im Einvernehmen mit BKA und BMWJF die Erstellung eines Positionspapiers mit der Darstellung möglicher Ausgestaltungen der Finanztransaktionssteuer, sowie die Erstellung einer Umsetzungsstrategie (inkl. Zeitplan) zur Erreichung einer europäisch koordinierten Lösung. Das Positionspapier sowie die Umsetzungsstrategie werden anschließend dem Ministerrat zur Kenntnis gebracht.

Auf dieser Grundlage werden alle relevanten Ressorts sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf europäischer und internationaler Ebene darum bemühen, möglichst zahlreiche andere Staaten von der Einführung der Finanztransaktionssteuer zu überzeugen und die Ziele der Bundesregierung umzusetzen.

Wir stellen den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

1. September 2009

FAYMANN

PRÖLL